Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 26. Januar 1888. Nr. 43.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 25. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 177. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 600,000 Mark auf Nr. 146385.

1 Gewinn von 75,000 Mark auf Nr. 151886.

1 Gewinn von 10,000 Mark auf Nr. 89639.

1 Gewinn von 5000 Mark auf Nr. 131645.

23 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 48 20608 61560 65547 67502 72155 79395 80477 100703 102376 107127 108192 124427 125819 142926 145287 150277 154020 169794 173543 176431 178233 178444.

41 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. [illegible] 17175 18659 22968 27199 31554 33212 38748 39127 42267 42928 48709 54078 61228 66089 70988 78622 96078 105967 [illegible]002 111083 111790 114757 119928 [illegible]81 124675 126719 130499 134437 135633 136107 152442 157922 158000 160141 163784 177638 182069 187926 188708 188714.

50 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 570 3506 4061 6104 8029 8359 23780 26355 32356 33652 40311 58956 61483 65276 65464 83267 85036 85165 87281 89696 92219 95436 97164 100860 105111 105424 107280 113738 113867 116200 120462 135299 139260 147299 148301 149408 151744 155070 155445 158357 163003 166850 170905 170930 173559 180998 181054 184432 186670 187235

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 25. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: v. Goßler.

Eingegangen ist ein Entwurf betreffend die Einrichtung von Kehrbezirken für Schornsteinfeger.

Zur Verhandlung steht folgende von den Abgg. Dr. v. Jagdzewski und Genossen eingebrachte

Interpellation:

„Laut Ministerial-Reskript vom 7. September und 6. Oktober 1887 ist der polnische Sprachunterricht unterschiedslos in sämmtlichen Volksschulen des Großherzogthums Posen und der Provinz Westpreußen in Wegfall.

Wir richten an die Regierung die Frage: Welches sind die leitenden Motive beim Erlaß der in Rede stehenden Verfügungen gewesen und welche pädagogischen und politischen Ziele sind bei ihrer Durchführung ins Auge gefaßt worden.“

Minister v. Goßler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) begründet die Einbringung der Interpellation mit dem Hinweis, daß das Schulwesen der in der Interpellation genannten Provinzen an einem wichtigen Wendepunkt angelangt sei. Bisher habe stets der Grundsatz gegolten, daß die Kinder in den Volksschulen in ihrer Muttersprache unterrichtet würden. Dieser Grundsatz sei den Kindern polnischer Eltern gegenüber bereits aufgegeben worden, aber man habe daran festgehalten, daß in den Volksschulen der polnisch redenden Landestheile wenigstens noch polnischer Sprachunterricht ertheilt werde. Die einzelnen Kultusminister hätten stets erklärt, daß man an diesem Sprachunterricht festhalten müsse, auch Herr von Puttkamer hat das ausgesprochen. Auch die Redner der einzelnen Parteien, selbst der konservative Abg. Strosser, seien für dieses Prinzip eingetreten. Und das soll nun aufgegeben werden? Die polnische Bevölkerung habe keinen Anlaß zu den tief einschneidenden Erlassen des Ministers gegen den polnischen Sprachunterricht gegeben, sie erfülle ihre Pflichten nicht minder gut als die andere Bevölkerung. Das Vorgehen der Regierung beweise, daß sie den verkehrten Grundsatz befolge, daß die Kinder des Volkes die Kinder des Staates und nicht der Familie wären. Alle Eltern Preußens müßten die polnische Bevölkerung in ihrem Proteste unterstützen. Wenn der Regierung dieses Festhalten am Nationalgefühl nicht imponire, müsse dann nicht jedes Gefühl der Loyalität in's Wanken kommen. Redner wolle das Deutschthum, dessen hohe Aufgabe er anerkenne, nicht antasten, aber dasselbe Interesse hätte die polnische Bevölkerung doch an der polnischen Sprache, wie die deutsche an ihrer Mutter sprache. Das Sprachrecht der Polen steht auch unter dem Schutze der Humanität.

Minister v. Goßler: Die Interpellation beginnt mit der Erwähnung des Großherzogthums Posen; ich bemerke, daß ich nur eine Provinz Posen kenne. Die Anordnung über den Wegfall des polnischen Sprachunterrichts verfolgt das Ziel, die polnischen Unterthanen in der deutschen Sprache besser als bisher zu unterrichten, sie aus dem Zustand der Isolirtheit zu befreien und sie zu befähigen, daß sie besser als bisher an dem allgemeinen Erwerbsleben theilnehmen können. Alle sind wir darin einig, daß alle Unterthanen Preußens sich der deutschen Sprache vollkommen zu bedienen in der Lage sein müssen. Der Vorredner anerkennt die Bedeutung des Deutschthums, trotzdem aber wird in seiner Heimath, wo es irgend möglich, gegen die Ausbreitung der deutschen Sprache angekämpft. Durch das Gesetz über die Geschäftssprache ist Jeder in die Nothwendigkeit versetzt, sich der deutschen Sprache im Verkehr mit den Behörden 2c. zu bedienen. Wo polnische Arbeiter mit mangelhafter Kenntniß des Deutschen vorhanden sind, da leben sie nothgedrungen sehr isolirt und bilden für Staat und Kirche ein sehr schwer zu behandelndes Element. Die Kenntniß der deutschen Sprache ist für Jeden, der sich durch seine Arbeit in Preußen ernähren will, eine Nothwendigkeit; trotzdem ist in der polnischen Bevölkerung die Kenntniß der deutschen Sprache noch sehr ungenügend vertreten. Es liegt das zumeist an der Bestimmung des Lehrplans, welcher bisher in den polnisch redenten Landestheilen die Beibehaltung des polnischen Sprachunterrichts forderte. Die günstigen Folgen, die man von einem solchen Unterricht erwartete, sind nicht eingetreten; der polnische Sprachunterricht, der in polnischer Sprache ertheilte Religionsunterricht führte dazu, daß die Kinder dem deutschen Sprachbewußtsein und der Widerstandsfähigkeit gegen das Polnische ent zogen wurden. Wir mußten daher zu der Ent scheidung kommen, den zweisprachigen Unterricht aufzuheben, den Unterricht auch für Posen und Westpreußen nur deutsch ertheilen zu lassen — wir [illegible]ffen, damit dieselben Erfolge wie in Oppeln zu erzielen. (Heiterkeit im Zentrum.) Die Befürchtung des Vorredners, daß die Kinder dadurch der polnischen Sprache ganz entzogen werden, kann ich nicht theilen und berufe mich hierbei auf die Resultate in Oberschlesien. Der Frage des Religionsunterrichts widmen wir stete Beachtung, wir können aber nicht zugeben, daß das religiöse Interesse mit dem sprachlichen verquickt werde. Diese Verquickung des Großpolnischen mit dem Religiösen, die der „Kur. Pozn.“ herbeigeführt, hat allein die Aufregung in der Provinz Posen hervorgerufen und zu der Volksversammlung geführt, in der auf die Auferstehung des Königreichs Polen lebhafte Hoffnungen ausgesprochen worden sind. Man hat versucht, die Sache so darzustellen, als ob Sprachunterricht und Religions-Unterricht in der Muttersprache identisch seien, es zeigt diese Verquickung, wie unredlich dieser Kampf geführt wird. Wir haben den polnischen Sprachunterricht aufgehoben, nicht aber den Religionsunterricht angetastet. Es ist unser Ziel, daß alle Unterthanen Preußens die deutsche Sprache erlernen und von diesem Ziele werden wir uns nicht abbringen lassen.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Dr. v. Stablewski (Pole) erwidert dem Minister, daß seine ganze Rede sich in zwei Worten erschöpft, in den Worten vae victis! Die Maßregel des Sprachunterrichts-Verbots sei weder pädagogisch zu rechtfertigen, noch politisch, sie sei ein Ausfluß der Macht, aber nicht des Rechts. Der Hinweis auf das frühere Verbot in Oberschlesien könne doch das Verbot in Posen nicht entschuldigen, man könne doch ein Unrecht nicht durch ein anderes Unrecht begründen. Die Maßregel gefährde die ohnehin schon genug gefährdete Religion. Aber den materiellen Waffen der Regierung werde der geistige Widerstand der polnischen Bevölkerung im Wege sein. Der Vorwurf, daß von uns Sprachunterricht und Religionsunterricht verquickt werde, trifft nicht zu. Die Verordnung des Ministers komme nur der Sozialdemokratie zu Gute; die Schwächung der Religion werde die Folge sein, schon jetzt werde er zum großen Theile von Protestanten ertheilt — wie könne man da eine konfessionelle religiöse Erziehung erwarten? Diese Behandlung der Polen werde man vor der Geschichte niemals vertheidigen können, auf solchen Maßregeln ruhe Gottes Segen nicht, der Racenkampf und Völkerkampf werde dadurch großgezogen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.): Ich betrachte den Erlaß des Kultusministers als ein weiteres Glied in der Kette der Maßregeln, die wir mit den Polenvorlagen beschlossen haben. Ich begreife die Erregung der polnischen Abgeordneten, die Verfügung hat auch mich zuerst peinlich berührt, aber wir müssen doch zugeben, daß die Maßregel nothwendig, daß sie eine berechtigte Forderung der Staatsraison ist. Die Maßregel liegt doch auch im Interesse der Polen selbst, sie macht sie erwerbsfähiger, befähigt sie ihre Interessen den Behörden gegenüber besser zu vertreten als bisher. Unverständlich ist mir vollends, wie man aus dieser Maßregel eine Feindseligkeit gegen die katholische Kirche folgern kann. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedtlitz: Ich habe namens der freikonservativen Partei nur zu erklären, daß wir mit den Zielen der Regierung einverstanden sind und ebenso mit der Maßregel, gegen die die Interpellation sich richtet. (Beifall rechts.)

(Die Minister verlassen den Saal.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich bedauere, daß bei einer so wichtigen Frage sämmtliche Minister den Saal verlassen haben — ich kann das nicht als einen Beweis besonderer Achtung gegen die Volksvertretung betrachten. (Zustimmung.) Minister v. Goßler erscheint am Ministertische. (Heiterkeit.) Wir leben in Europa in beunruhigenden Verhältnissen — ich wundere mich, wie man in einem solchen Augenblick mit einer Maßregel vorgehen kann, die die Polen erbittern muß. Im Kriege entscheiden nicht allein die Waffen, sondern der Muth und die Begeisterung, mit der sie getragen werden — mit welchen Gefühlen soll das 5. Armeekorps in den Krieg ziehen, wenn es daheim die Durchsetzung solcher Maßregeln befürchten muß? (Unruhe rechts.) Macht man solche Maßregeln an der Ostgrenze, dann verstehe ich die Militärforderung nicht, dann besteht keine Kriegsgefahr. Die Maßregel widerstrebt dem Naturrecht und der Natur, sie wird deshalb nicht durchgeführt werden können. Der Hinweis, daß die feierlichen Versprechungen und Verträge, die den Polen gemacht sind, nicht mehr gelten, ist nicht zutreffend, denn die Verträge sind niemals aufgehoben worden, ebenso wenig gilt mir der Hinweis auf das Sprachengesetz, denn auch dieses widerspricht der Verfassung. Ich warne den Kultusminister vor der Schultyrannei, diese Tyrannei darf nicht fortbestehen; die Schule muß den Forderungen der Eltern entsprechen — das ist es, was ich fordere, alles Andere ist Schultyrannei (Widerspruch rechts) und ich hoffe, der Protest gegen diese Schultyrannei wird wachsen. Wenn Maßregeln, wie die vorliegenden, geschehen können, ohne daß wer gefragt ist, so kann morgen auch ein freigeistiger Kultusminister den Katholizismus ganz aus der Schule entfernen. Jetzt wird ein bekannter Geistlicher aus der Leitung der inneren Mission entfernt — was wird geschehen, wenn der Geist, der diese Entfernung bewirkt, auch ins Kultusministerium einzieht — oder sollte er vielleicht schon eingezogen sein (Heiterkeit). Die Rede des Kultusministers hätte viel kürzer so lauten können: „Also dekretirt in Friedrichsruh und dabei bleibt es. (Heiterkeit) In Schrift und Wort aber muß das richtige Prinzip immer wieder verfochten werden selbst über den Kopf des Herrn v. Zedtlitz und wird sich dann Bahn brechen. So müssen auch die Polen energisch, aber mit Beachtung des Gesetzes weiter kämpfen, dann wird der Sieg ihnen sicher sein. Der Minister warf den Polen Agitation vor, aber welcher Minister agitirt denn nicht und hat nicht der Staat durch sein Preß- und Versammlungsgesetz die Agitation sanktionirt? Deshalb halte ich die Agitation der Polen für ganz berechtigt. Wenn man die polnische Sprache aus der Schule verdrängt, so ist es unmöglich, daß polnische Kinder überhaupt Religion lernen — freilich hat man uns ja im Kulturkampfe bereits entgegengehalten: besser keinen Religionsunterricht als polnischen! Ich wünschte lebhaft, daß alle Polen nur Deutsch lernen und sprechen, aber mit solchen Wünschen beseitigen wir kein Naturrecht. Wir werden mit solchen Maßregeln gegen die Polen nichts ausrichten und am allerwenigsten das Germanenthum schützen. Man wird später bedauern, solche Maßregeln ergriffen zu haben, wie man wohl auch bedauern wird, Polen getheilt zu haben. (Beifall im Zentrum.)

Minister von Goßler: Ich wiederhole, daß wir in keiner Weise eine Veränderung über die Ertheilung des Religionsunterrichts in den polnischen Schulen veranlaßt haben.

Abg. Sier (nat. lib.) erklärt sich namens seiner Partei für die Maßregel der Regierung.

Abg. Frhr. v. Schorlemer (Zentr.). Der Kultusminister meinte, die vielen polnischen Arbeiter, die hierher und in andere Industriebezirke gehen, machten Schwierigkeiten; ich kann das aus meiner Kenntniß der Verhältnisse in Westfalen entschieden bestreiten. Daß die Abschaffung der polnischen Sprache in den Schulen mit der Aufhebung des Religions-Unterrichts in polnischer Sprache zusammenhängt, muß ich entschieden aufrecht halten, Herr Windthorst hat das auch sachlich begründet. Ich bin immer für die polnischen Mitbürger eingetreten, wenn ich sah, daß sie in ihren Rechten gekränkt wurden; das thue ich auch jetzt gegenüber dieser Maßregel. Die Provinz Posen ist untrennbar mit Preußen verbunden, und jeder Versuch der Trennung ist entschieden zurückzuweisen. Aber ich muß auch vieles mißbilligen; besonders die Adresse an den Erzbischof Dr. Dinder, und ich sehe mich genöthigt, da ich sonst so entschieden für die Polen eintrete, dies zu tadeln. Solche Ausführungen, wie in der Adresse, sind respektswidrig, unerlaubte revolutionäre Kritik (sehr wahr!), nicht die Presse ist das Forum, vor welches man das Verhalten eines Bischofs zieht (sehr richtig!). Ich mißbillige ferner den Grundsatz: lieber kein Religionsunterricht, wenn nicht in polnischer Sprache. Ich möchte wünschen, daß dergleichen nicht wieder vorkommt. Im Interesse des Vaterlandes und mit Rücksicht auf die feierlichen Zusagen muß ich die hier in Rede stehende Maßregel tief mißbilligen. Ein mangelhafter Unterricht wird die Folge sein; weder deutsch noch polnisch werden die Kinder lernen. Die Kinder werden nur widerwillig den Unterricht genießen und so wird der Mißmuth in die Familien übertragen. Der Grundgedanke der ganzen Maßregel ist der, zu germanisiren; aber der Weg ist ganz verkehrt. Gerade dadurch wird der Pole nur noch polnischer werden. Diese Maßregel schafft Sozialdemokraten, denn die Sozialdemokratie ist die Abwendung von Gott. Die größte Verschärfung des Sozialistengesetzes wird nicht so viel rekriminiren, als derartiges Vorgehen Sozialdemokraten neu erzeugt. Nach einem siegreichen künftigen Kriege, der hoffentlich noch lange ausbleiben wird, aber sicher kommen wird, wird man wahrscheinlich ein Zwischenreich, ein Königreich Polen begründen und die Germanisirung Posens kann bis dahin nicht erfolgt sein. Ich kann nur die Regierung bitten, zum Heile des Vaterlandes diesen verfehlten Weg zu verlassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Wehr (freikons.): Diese Verfügung besteht in Westpreußen schon längere Zeit. Ich kann aber nicht finden, daß die Irreligiosität dadurch größer geworden ist. Ich kann diese Erregung nicht verstehen, die diese Verfügung in den betheiligten Kreisen hervorgerufen hat. In Westpreußen und Oppeln ist nichts von dem zu spüren, was man jetzt prophezeit. (Widerspruch bei den Polen.) Dem Abg. Schorlemer gegenüber bestreite ich, daß diese Maßregel Sozialdemokraten zeugt; gerade weil die alte Politik noch befolgt war, haben wir in Posen Sozial-

demokraten. Herr Windthorst hat angekündigt, daß nun der Kulturkampf gegen die Schule beginnen werde. Ich meine, das ist das Schlimmste, was uns im Innern passiren kann. (Beifall rechts.)

Abg. Jarochowski (Pole): Wer würde es verstehen, wenn sein Kind in einer anderen als der Muttersprache unterrichtet wird. In Bezug auf die Adresse, die Herr v. Schorlemer erwähnte, möchte ich bemerken, daß ich die Lauterkeit seiner Informationen bezweifle. Des Weiteren wiederholt Redner die schon vorgebrachten Bedenken gegen die antipolnischen Maßregeln.

Darauf wird die Debatte geschlossen und damit ist die Interpellation erledigt.

Die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben 1886—87 und die Rechnung über den Etat von 1884—85 und die Fonds des ehemaligen Staatsschatzes für 1. April 1884—85 werden auf Antrag des Abg. Bödiker (Zentr.) der Rechnungskommission überwiesen.

Die Verhandlungen des Landes-Eisenbahnraths gehen an die Budget-Kommission, ebenso der Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen in 1886—87, der Bericht über die Bau-Ausführungen und Beschaffungen der Eisenbahn-Verwaltung vom 2. April 1886 bis dahin 1887 und schließlich auch die Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Bergwerke, Hütten und Salinen 1886—87.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Erlaß der Reliktenbeiträge und kleinere Vorlagen.

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Morgen, Donnerstag, findet bei den kaiserlichen Majestäten im hiesigen königlichen Palais eine größere Soiree statt, zu welcher über 370 Einladungen ergangen sind. — Am Freitag Mittag gedenkt Se. Majestät im hiesigen königlichen Palais sich diejenigen Kadetten vorstellen zu lassen, welche nach beendetem Examen in diesem Frühjahr in die Armee eintreten.

— Der Fürstbischof von Breslau Dr. Kopp, welcher sich gestern zum Fürsten-Reichskanzler nach Friedrichsruh begeben hatte, traf von dort gestern Abend 9 Uhr wieder in Berlin ein, und reiste dann Abends um 11 Uhr nach Breslau zurück.

— Die seitherigen Veröffentlichungen über die Einbringung eines Gesetzentwurfs Kropatscheck-von Schenckendorff bezüglich der Gleichstellung der Lehrer höherer Lehranstalten nicht staatlichen Patronats mit den betreffenden Lehrern an staatlichen Anstalten bedürfen der Berichtigung und Aufklärung dahin gehend, daß der Antrag selbst zur Zeit noch nicht eingebracht ist. Es handelte sich bislang vielmehr nur um eine vorläufige Verständigung nach der Richtung, ob diejenigen Kreise, welche dem Antrage vor zwei Jahren zugestimmt haben, prinzipiell geneigt sind, diese Frage bei den jetzt besser gewordenen finanziellen Verhältnissen auf Grundlage der früheren Beschlüsse wieder aufzunehmen. Diese Frage ist jetzt allseitig bejaht worden, und es haben deshalb erst jetzt die Verhandlungen darüber beginnen können, in welcher definitiven Form der Antrag einzubringen sei. Hierbei wird vom praktischen Gesichtspunkt der Standpunkt einzunehmen sein, daß die im Herrenhause seiner Zeit geltend gemachten Einwände, sei es in der Form des Antrages, sei es in den Motiven zu demselben, billige Berücksichtigung finden. Nach Lage der Verhältnisse ist zwar anzunehmen, daß die definitiven Vorschläge der Antragsteller die Zustimmung der betreffenden Parteien finden werden, indessen werden die bezüglichen Beschlüsse derselben doch selbstverständlich noch abzuwarten sein.

— Die „Nowoje Wremja" behauptet, daß in dem Artikel des „Militär-Wochenblatts" gegen die Ausführungen des russischen „Invaliden" fälschlicherweise das siebente russische Korps den Truppen in den Bezirken Warschau, Wolhynien und Kiew zugezählt sei. Die Aufstellung des „Militär-Wochenblattes" ist aber durchaus richtig und wird deutscherseits entschieden aufrechterhalten.

— Der gestrige Empfang des rumänischen Ministers Sturdza bei dem Reichskanzler in Friedrichsruh wird einen günstigen Eindruck hervorbringen. Herr Sturdza war dem Fürsten Bismarck schon seit 1880, wo er ihn in Kissingen sah, persönlich bekannt und wurde von ihm fast jedesmal, wenn er in Berlin verweilte, empfangen. Man erinnert sich, daß im vorigen Herbst Telegramme aus slawischer Quelle in französischen Blättern die Absicht eines Besuchs des Ministers Bratiano in Friedrichsruh angekündigt hatten und zu verstehen gaben, der Reichskanzler habe denselben nicht gewünscht, worauf derselbe unterblieben sei Das war natürlich Erfindung und wurde als solche auch in einem telegraphischen Rundschreiben den rumänischen Gesandten im Auslande, wie erinnerlich, bezeichnet. Jene Erfindung sollte natürlich eine Erkaltung der guten Beziehungen zwischen Rumänien und den deutschen Mächten annehmen lassen. Daran hatte natürlich kein Unterrichteter geglaubt, und der gegenwärtige Empfang des Ministers Sturdza in Friedrichsruh hat die Fortdauer des guten Einvernehmens zwischen den beiden Regierungen nach allen Seiten kundgegeben. Daß der Minister Sturdza seine hiesige Anwesenheit auch verwerthen würde, um sich über die Lage zu unterrichten, war selbstverständlich und er wurde dadurch in seinen Unterredungen mit dem Reichskanzler gewiß ausreichend in den Stand gesetzt. Herr Sturdza wird nach den gegenwärtigen Bestimmungen, wie man hört, etwa bis Donnerstag Abend noch hier verweilen und dann seine Rückreise nach Bukarest antreten, wo bekanntlich für die ersten Tage des Februar die Wahlen bevorstehen. Sie sollen dem Ministerium Bratiano eine sehr große Mehrheit in Aussicht stellen. Die Unterhandlungen mit Oesterreich wegen des Handelsvertrages sollen bis nach den Wahlen vertagt sein. Daß der Minister des Auswärtigen, Pherekydes, deswegen nach Wien gereist wäre, wie dortige Blätter gemeldet haben, soll auf einem Irrthum beruhen und jedenfalls verfrüht sein.

— Der jetzt im Wortlaut hier vorliegende jüngste Aufsatz des Brüsseler „Nord" schweigt über die angekündigten vorläufigen Verhandlungen oder Besprechungen wegen Bulgariens. Nur ein Petersburger Brief enthält eine Andeutung darüber. Die von dem Blatte erhobenen Anschuldigungen gegen Oesterreich sind gegenstandslos und der journalistische Schachzug wegen Bosniens und der Herzegowina soll offenbar nur die Aufmerksamkeit von den russischen Plänen in Bulgarien ablenken, die natürlich nur vertagt sind und für deren Verwirklichung Rußland eine günstigere Zeit erwartet.

— Der Etat der Eisenbahnverwaltung enthält unter den dauernden Ausgaben „zur Prämiirung nützlicher Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens" eine neu eingestellte Forderung von 15,000 Mark, die namentlich wegen ihrer Begründung Beachtung verdient. Diese letztere beweist nämlich, daß die Verwaltung selbst der in der Verstaatlichung und Vereinheitlichung eines so großen Bahnnetzes liegenden Gefahr, es möchten die früher durch den Wettbewerb der zahlreichen Einzelbahnen und ihrer Techniker gewährleisteten Fortschritte im technischen Eisenbahnwesen auf die Dauer nachlassen und erlahmen, sich wohl bewußt ist. Nach der jetzt erfolgten Durchführung der Verstaatlichung — so wird in den Erläuterungen ausgeführt — hat die Staatseisenbahnverwaltung der Vervollkommnung der für den Betrieb und die Verwaltung der Bahnen bestehenden technischen Einrichtungen in erhöhtem Maße ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Eisenbahnwesen ist seiner Natur nach auf eine stetige Fortentwickelung in allen Zweigen des Dienstes hingewiesen und im Anschluß an die Fortschritte der Technik und die wechselnden Bedürfnisse des Verkehrs einer ununterbrochenen Umgestaltung unterworfen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Staatseisenbahnverwaltung, den Bestrebungen Förderung angedeihen zu lassen, welche darauf abzielen, die neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung auf technischem Gebiete für das Eisenbahnwesen nutzbar zu machen, und es entspricht der jetzigen Stellung dieser Verwaltung, selbstständig Maßnahmen zu treffen, welche thunlichst alle berufenen Kräfte innerhalb und außerhalb der Beamtenkreise zur Mitwirkung an der Lösung der gestellten Aufgabe anzuspornen dienlich erscheinen. Zur Erreichung dieses Zieles ist der erwähnte Betrag dauernd in den Haushaltsplan eingestellt worden. Man kann nur dringend wünschen, daß sich alle Eisenbahnbeamten von diesem an der obern Stelle herrschenden Geiste durchdringen lassen und sich bewußt bleiben, daß Einseitigkeit und Stillstand für die Verwaltung und namentlich für die Technik des Eisenbahnwesens die schlimmsten Gefahren bergen. Dazu gehört freilich eben so sehr, daß die von derselben obern Stelle den Eisenbahntechnikern zugedachte Stellung und ein durchweg maßgebenderer Einfluß als bisher diesen auch thatsächlich beigelegt wird, während, wie manche uns bekannt gewordene Thatsachen erweisen, dieser beabsichtigte und für den sachgemäßen gesunden Fortschritt unentbehrliche Einfluß von den mittlern Verwaltungsstellen noch vielfach künstlich niederzuhalten gesucht wird. Die wichtigsten und in ihren Folgen höchst segensreichen Einrichtungen unseres Eisenbahnwesens sind solchen Technikern zu danken, die in erster Linie vermöge ihrer leitenden Stellung in der Lage waren, ihren Einfluß für deren Erprobung und Durchführung erfolgreich geltend zu machen. Das darf auch in den Eisenbahndirektionen nie vergessen werden.

Aus Schleswig-Holstein, 22. Januar. Graf Emil zu Rantzau-Rostorff, der seit 17 Jahren ununterbrochen vom Könige zum Landtagsmarschall des schleswig-holsteinischen Provinzial-Landtages ernannt wurde, hat, wie bereits kurz telegraphisch gemeldet, den dringenden Wunsch ausgesprochen, nicht wieder zu diesem Amte berufen zu werden, da seine schwer angegriffene Gesundheit ihm die Enthaltung von jeder anstrengenden Thätigkeit gebietet. Versuche, ihn vorübergehend durch den Vizemarschall zu entlasten, sind an den bestimmten Erklärungen des Grafen gescheitert, der damit zugleich aus dem Amte eines Vorsitzenden des provinzialständischen Verwaltungs-Ausschusses scheidet. Es wäre zu wünschen, daß die Gesundheit des hochverdienten Mannes sich alsbald kräftigen möge, damit er bald wieder in das öffentliche Leben der Provinz einzutreten vermag.

Die baierische Regierung hat kürzlich drei ihrer Staatsbaubeamten beurlaubt, die bei dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals beschäftigt werden sollen. Auch die übrigen größeren Bundesstaaten haben den gegebenen Zusicherungen gemäß Beamte zum Kanalbau gestellt. Der kaiserlichen Kanalbau-Kommission, welche bisher aus den Regierungsräthen Löwe und Fülscher bestand, ist als drittes Mitglied der Wasserbau-Inspektor Tolkmitt beigegeben. Zum Justitiar der genannten Kommission ist der Amtsrichter Weimecker aus Bramstedt ernannt.

Die in den Jahren 1870—71 nach Elsaß-Lothringen versetzten schleswig-holsteinischen Steuer- und Zollbeamten sind bei der Reichsbehörde eingekommen, bei Errichtung der Zolllinie im Hamburger Hafen verwandt zu werden, um der Heimath wieder näher zu kommen. Dieselben haben durchweg zusagende Antworten erhalten.

Ausland.

Pest, 24. Januar. Das Unterhaus nahm mit 215 gegen 113 Stimmen das Budget als Grundlage für die Spezialdebatte an.

Paris, 23. Januar. Die Budget-Debatte, die mit Ungeduld erwartete, sollte am Montag im Palais Bourbon begonnen werden, aber sie erschien erst an fünfter Stelle auf der Tagesordnung, und der größere Schutz der Verfrischung des Roheisens, den die Schutzzöllner betrieben, sowie die Frage wegen der Abgangskanäle gingen vor. Die Berathung des Budgets hat in diesem Jahre besondere Schwierigkeiten, und eine gründliche Arbeit wird mit jeder verlorenen Sitzung fraglicher, zumal die Kammer unter der Nothwendigkeit steht, vor Ablauf der bewilligten vorläufigen drei Zwölftel das Budget für 1888 zu Stande bringen zu müssen. Am 31. März läuft diese Frist ab. Der Kammer liegen drei verschiedene Budgetentwürfe vor, abgesehen von dem Entwurfe Dauphin, der zum Sturze des Kabinets Goblet führte: 1) das Budget des Ausschusses, über das Yves Guyot den allgemeinen Bericht abstatten wird und das die Getränksteuer gründlich umgestalten und die Erbschaftssteuer nicht will; 2) das Budget Tirard, das die Erbschaftssteuer unberührt läßt, aber in der Getränkesteuer eine Reihe einzelner Veränderungen anbringen will; 3) das Budget Rouvier, welches das Gleichgewicht blos durch Ersparnisse herstellen will. Außer Tirard, Peytral und Yves Guyot sind bereits fünfzehn Redner eingeschrieben, 8 von der Linken, 7 von der Rechten, abgesehen von Rouvier, Allain Targe und Ribot, die ohne Zweifel auch sich einmischen werden. Die Radikalen verlangen eine gründliche Durcharbeitung der Budgetfragen und behaupten, dies sei leichter, als es scheine, da der Budget-Ausschuß tüchtig vorgearbeitet habe; aber Tirard müsse geopfert werden, das sei nicht der Mann der Lage. Leroy Beaulieu warnt im „Journal des Debats" vor dem Irrthum, als könne man in Zeiten der Fehlbeträge und der inneren und äußeren Schwierigkeiten große Budgetreformen zu Stande bringen, während der orleanistische „Soleil" das alte Lied von der „Verschleuderung der Frucht der Arbeit des Volkes unter der Republik" anstimmt und nachzuweisen sucht, daß im vollen Frieden die jährlichen Ausgaben um 600 Millionen vermehrt worden seien: „Vor dem Kriege betrugen die Lasten der französischen Besteuerten 1900 Millionen, wie das letzte regelmäßige Budget des Kaiserthums von 1869 beweist. Nach dem Kriege stiegen Einnahmen und Ausgaben auf $2^1/_2$ Milliarden, Zunahme 600 Millionen. Gegenwärtig betragen die Ausgaben 3700 Millionen, die einen Fehlbetrag von 700 Millionen verursachen, Zunahme 1200 Millionen." „Soleil" schließt so: „Wie man sieht, haben Krieg und Invasion die jährliche Steuerlast um 600 Millionen, die Finanzwirthschaft der Republik dieselbe aber um 1 Milliarde und 200 Millionen vermehrt."

Die Deputirten nehmen die Sache jedoch weniger ernst als die Vertreter der drei verschiedenen Budgetvorlagen, Tirard, Guyot und Rouvier, und so wird allem Anschein nach der Zufall einen großen Spielraum erhalten, und da der Budgetausschuß stärker ist als Tirard, könnte das lecke Schiff des Kabinets Tirard scheitern, oder es wird, wenn Carnot dies vorzieht, zur Auflösung der Deputirtenkammer kommen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. Januar. Der Hauptgewinn (600,000 Mark) der preußischen Klassen-Lotterie fiel gestern auf Nr. 146,385 in die Kollekte des Herrn Lübcke in Berlin.

— Auf die heute, Donnerstag, stattfindende Zyklus-Vorstellung „Zampa", oder: „Die Marmorbraut", machen wir das Theaterpublikum besonders aufmerksam, umsomehr, als Herr Direktor Cabisius als Zampa wieder in einer seiner Glanzpartien vor uns tritt. Die Bons für die Zyklus-Vorstellungen werden nunmehr, um die Frequenz der Abendkasse nicht zu sehr zu stören, jetzt nur mehr am jeweiligen Vormittag in den bekannten Kassenstunden umgetauscht. Morgen, Freitag, wiederholt Herr August Junkermann auf allgemeinen Wunsch „Ut de Franzosentid" und „Jochen Päsel".

— Ein Armbruch, welchen sich der verletzte Fabrikarbeiter in der Fabrik gelegentlich einer Rauferei mit einem seiner Mitarbeiter bei einem Fall auf die Erde zugezogen hat, ist in Uebereinstimmung mit dem Schiedsgericht durch Rekurs-Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts vom 22. November v. J. (455) für einen Betriebsunfall nicht erachtet worden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zweiter Zyklus historischer Opern-Abende. Dritter Abend. „Zampa", oder: „Die Marmorbraut." — Bellevuetheater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). „Die Burgruine." „Die Augen der Liebe."

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 24. Januar. Vom Ordensfeste werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Königliche Hofbeamte in goldbordirten braunen Fräcken, den Galanteriedegen an der Seite, befehligten das Heer der Diener in der blauen Livree mit dem Adlersaum. Die Tafel bot mit ihrem reichen Gold- und Blumenschmuck einen entzückenden Anblick. Da sah man außer drei großen goldenen Tafelaufsätzen mit je fünf Schalen antik geformte Weihbecken, Vasen, acht herrliche goldene Blumenschalen und schlanke Säulen mit schwebenden Engelgestalten, mit Lorbeerkranz und langem Palmwedel verziert — eine Anordnung, welche noch aus der Zeit der Königin Luise pietätvoll beibehalten sein soll. Bald nach 12 Uhr begann der Strom der Geladenen sich in die Kapelle zu ergießen. Einsam schritt Graf Moltke durch den Saal. Endlich nahte der Hof. Voran schritt der Kronprinz von Griechenland — eine sehr jugendliche Erscheinung mit röthlichem Schnurrbartanflug —, welcher die Prinzessin Wilhelm führte. Die schwere pelzverbrämte Atlasschleppe mit eingewirkten Adlern trug der Prinzessin ein Page. Prinz Wilhelm mit der in blau Atlas gekleideten Prinzessin Friedrich Karl und Prinz Leopold mit der Prinzessin Albrecht in blauem Sammt und breiter Silberstickerei folgten. Im Weißen Saal und in den angrenzenden Gemächern begann man sich nach 1 Uhr zur Tafel niederzusetzen. Alle Stände und Berufsklassen waren hier vertreten, und so konnte man in den langen Reihen der Gäste des Kaisers Subalternbeamte ihren höchsten Vorgesetzten, einfache Soldaten reich mit Orden geschmückten Generälen gegenüber sitzen sehen. Schutzleute und Gendarmen saßen dem Grafen Herbert Bismarck, Staatssekretär Hofmann u. s. w. gegenüber. Nicht weit vom Grafen Moltke konnte man einen Einjährigen bemerken. Ganz allein hatte sich Moltke seinen Platz gesucht und still vor sich hin grübelnd harrte er der Ankunft des Hofes. Zweimal pochen die drei Schläge des Zeremonienmeisters auf dem Parquet, und der Hof naht wieder, nimmt an der Tafel Platz. Die Pagen breiten dienstfertig die langen Schleppen der Damen über die Stühle. Prinz Wilhelm und seine Gemahlin nickten freundlich zum Grafen Moltke hinüber. Prinz Wilhelm plaudert während der Tafel sehr angelegentlich mit dem Kronprinzen von Griechenland und schien ebenso wie seine Gemahlin in heiterer Stimmung zu sein. Gegenüber dem streitbaren Herrn v. Kleist-Retzow und dem Chef der Admiralität v. Caprivi saß, in [illegible] letter Soutane, Fürstbischof Kopp zwischen [illegible] lieblichen Blondine und einer schönen schwarzäugigen Brünetten. Der Kirchenfürst, dessen feine, geistvolle Konversationsgabe gerühmt wird, schien seine beiden reizenden Nachbarinnen aufs beste zu unterhalten.

— Ein reicher Bürger in Chicago, John G. Furber, welcher mehrere Jahre die Hochschulen von Berlin und Heidelberg besuchte, soll nach der Rückkehr in seine Heimathstadt einen Betrag von fünf Millionen Mark zur Errichtung einer Universität geschenkt haben, welche nach deutschem Muster eingerichtet und geleitet werden soll.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 25. Januar. Die diesseitige, sowie die ungarische Regierung haben im Reichsrathe bez. im ungarischen Parlament den Handelsvertrag mit Deutschland nunmehr eingebracht.

Preßburg, 24. Januar. Heute explodirte in der Zürndorfer Dynamitfabrik auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise eine Anzahl von Dynamitpatronen. Drei Arbeiterinnen wurden getödtet, mehrere andere verwundet.

Paris, 24. Januar. Der „Agence Havas" wird aus Nancy vom gestrigen Tage gemeldet, daß der Zwischenfall von Trieux als gänzlich unerheblich betrachtet werde; der deutsche Grenzaufseher bezeugte, Barbarot sei auf deutsches Gebiet getreten, um zu jagen, der Forstwart Barbarot leugnet dies und behauptet, er habe den ganzen Tag hindurch keinen einzigen Schuß gethan und der Kampf habe begonnen, als der Grenzwächter ihn nach Fontenay habe führen wollen, um ihn zu Protokoll zu nehmen.

„Petit Journal" meldet, daß der Marineminister den Behörden in den Seehäfen befohlen hat, die Arbeiter sofort wieder zu entlassen.

Paris, 24. Januar. Die Regierung erhielt den Bericht des Präfekten über den Vorfall von Trieux; aus demselben geht hervor, daß Barbarot seinem Charakter nach kein großes Vertrauen verdient.

Petersburg, 25. Januar. Der Botschafter Schuwalow wird Ende dieser Woche auf seinen Berliner Posten zurückkehren.

Der frühere Lieutenant in der bulgarischen Armee, Kischelsky, ist als Sekonde-Lieutenant in die russische Armee eingestellt worden.

Reval, 25 Januar. Die Rhede ist eisfrei geworden; mehrere Dampfer aus Baltischport befinden sich auf dem Wege hierher.

Bukarest, 24 Januar. Die Wahlmännerwahlen für die Deputirtenwahlen des dritten Wahlkollegiums sind fast durchweg zu Gunsten der Regierung ausgefallen.

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 25. Januar. Im Hafen 0,48 Meter, im Revier 17 Fuß 3 Zoll. Wind: SW. — Posen, 24. Januar. Warthe: 0,92 Meter. — Breslau, 24. Januar. Oberpegel 4,82 Meter, Mittelpegel 3,42 Meter, Unterpegel 0,12 Meter unter Null.